REZENSIONEN

<https://dx.doi.org/10.1007/s00350-017-4709-7>

Krankenhausgestaltungsgesetz Nordrhein-Westfalen.

Von Frank Becker, Oliver Bertram, Markus Heitzig, Oliver Klöck, Jörg Lafontaine und Frank Stollmann. Kommunal- und Schulbuchverlag, Wiesbaden 2016, 386 S., Loseblattwerk, Stand 1. Nachlieferung Mai 2017, €59,00

Der föderalen Struktur Deutschlands und den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern verdanken wir die Vielschichtigkeit des bestehenden Krankenhausrechts. Das GG eröffnet dem Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung mit Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG („Sozialversicherung“) und Art. 74 Abs. 1 Nr. 19a GG („wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser“, „Regelung der Krankenhauspflegesätze“) zwar ein weites Feld für gesetzliche Betätigungen. Das gilt für die letztgenannte Norm aber nur dann, soweit Krankenhausrechtliche Regelungen auf Bundesebene erforderlich sind, um einheitliche Lebensverhältnisse herzustellen oder die Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse zu wahren, Art. 72 Abs. 2 GG. Bislang ist das in weiten Teilen, wie z.B. im Krankenhausorganisations- und Krankenhausplanungsrecht, nicht der Fall. Dasselbe gilt für das Krankenhausfinanzierungsrecht, soweit es um den Bereich der Investitionsförderung geht. Das Krankenhausrecht wird deshalb nicht zuletzt von sechzehn verschiedenen Landeskrankenhausesetzen geprägt. An diesem Befund ändert sich im Hinblick auf regulatorische Ähnlichkeiten einiger Landeskrankenhausesetze kaum etwas, wie z.B. diejenigen zwischen dem Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) und dem Niedersächsischen Krankenhausgesetz (NKHG), die beide durch eine gewisse gesetzgeberische Zurückhaltung geprägt sind. Im Aufbau vergleichbar sind bspw. auch die Landeskrankenhausesetze von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Die Ähnlichkeiten beruhen u.a. auf historischen Gründen, d.h. den Verwaltungshilfeverträgen zwischen verschiedenen Bundesländern nach Art. 15 Abs. 3 des Einigungsvertrags und dem damit verbundenen know-how-Transfer im Zuge der deutschen Wiedervereinigung.

Von den sechzehn Landeskrankenhausesetzen Deutschlands spielt das Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) eine führende Rolle. Das liegt, um die Gesundheitsberichterstattung des Bundes zu bemühen, an der großen Zahl von 352 (2015) betroffenen Krankenhäusern, die lediglich von Bayern knapp übertroffen wird (2015: 360). Bei der Fallzahl (2015: ca. 4,5 Mio.) und der Zahl der Beschäftigten (2015: knapp 275.000) nimmt NRW aber den unbestreitbaren ersten Platz unter den Bundesländern ein. Dementsprechend hoch sind die Erwartungen an eine Kommentierung seines Landeskrankenhausesetzes, zumal jede Krankenhausrechtlerin und jeder Krankenhausrechtler dann, wenn es gilt, das eigene Landeskrankenhausesetz auszulegen, auf die Kommentierung ähnlicher Bestimmungen anderer Bundesländer zurückgreifen wird.

Man kann es ruhig gleich sagen: Das Gemeinschaftsprojekt aus der Feder von vier Rechtsanwältinnen (*Dr. Frank Becker, Dr. Markus Heitzig, beide WRT-Rechtsanwälte, Münster; Dr. Oliver Bertram, Dr. Oliver Klöck, beide Taylor Wessing, Düsseldorf*) und zwei Beamten des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (*MR Dr. Jörg Lafontaine, LMR Dr. Frank Stollmann*), allesamt ausgewiesene Fachleute auf ihrem Gebiet, ist in jeder Hinsicht gelungen. Das gilt schon für die Aufteilung der gesetzlichen Regelungen zwischen den Autoren, mehr noch für die Erläuterungen selbst. Man mag zwar erwarten, dass sich die Ministerialebene der Kommentierung der §§ 17–28 KHGG NRW, d.h. der Krankenhausförderung angenommen hat. Die Erläuterung dieses Abschnitts liegt jedoch in anwaltlicher Hand, die erste Hälfte bei *Bertram/Klöck*, die zweite bei *Becker/Heitzig*. Genauso hätte man zwar auch bei der Kommentierung von §§ 12–16 KHGG NRW verfahren können. Der Abschnitt II des Gesetzes bleibt aber die Domäne von *Lafontaine/Stollmann*, für die Fragen der Krankenhausplanung in NRW seit vielen Jahren „täglich Brot“ sind. Die Bedeutung der

praktischen Befassung mit Krankenhausfragen zeigt sich auch in der Kommentierung des Abschnitts I, in dem sich *Lafontaine* mit den §§ 3–7 dem Patienten, den besonderen Belangen kranker Kinder und Fragen der Hygiene/Qualitätssicherung zuwendet, Bereiche, in denen auch soziale, medizinische und medizin-technische Fragen im Fokus stehen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch der Blick von *Stollmann* u.a. auf die kirchlichen und kommunalen Krankenhäuser, für deren innere Struktur und Betätigung das Verfassungs- bzw. Kommunalverfassungsrecht mit einbezogen wird, und auf die Ausbildungsstätten, geregelt in den §§ 32, 33 und 36 KHGG NRW. Wer der chronologischen Reihenfolge des Gesetzes folgt, findet gleich zu Beginn des Werkes mit den Erläuterungen der ersten beiden Grundnormen des KHGG NRW durch *Bertram/Klöck* und *Becker/Heitzig* einen fundierten Einstieg in das Krankenhausrecht aus einem Guss, der sich nicht auf das nordrhein-westfälische Landesrecht beschränkt, sondern die bundesgesetzlichen Vorgaben einbezieht.

Die Autoren geben jedem Leser, gleich ob aus Krankenhaus, Behörde, Versicherung, Anwaltschaft, Gericht oder Wissenschaft nicht nur eine fundierte, praxiserfahrene und praxisrelevante Kommentierung des KHGG NRW an die Hand. Im Anhang sind zudem unmittelbar vor dem umfangreichen Stichwortverzeichnis – abgesehen von KHG, KHEntG und KHBV – verschiedene landesspezifische Ausführungsvorschriften abgedruckt. Diese Gesetze und Verordnungen sind zwar auch anderweitig verfügbar. Die Nutzbarkeit des Kommentars gewinnt aber erheblich, bei Verweisungen auf die entsprechenden Normen nicht auf andere Druckwerke oder das Internet zurückgreifen zu müssen. Schön wäre es jedoch, wenn man in der Kopfzeile der Anhänge (auch) die Kurzbezeichnung der abgedruckten Gesetze und Verordnungen fände, um sich nicht zu verblättern. Das spielt für die Nutzbarkeit des Kommentars aber keine maßgebliche Rolle und beeinflusst mein zusammenfassendes Resümee des Kommentars nicht: Pflichtlektüre für jeden Praktiker im Krankenhausrecht – nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Thomas Bohle

Patientenrechtegesetz. Kommentar für die Praxis.

Von Frank Wenzel und Patrick Weidinger. Medhochzwei Verlag Heidelberg, 2017, 345 S., geb., €89,99

RA *Wenzel*, ausgesprochener Kenner des Medizinrechts (s. sein „Handbuch des Fachanwalts Medizinrechts“), kommentiert ausführlich alle Paragraphen des neuen Patientenrechtegesetzes (§§ 630a ff. BGB) sehr kundig, ausführlich und übersichtlich. Er erweitert damit seinen bisherigen Leitfaden (2013) aus demselben Verlag erheblich. Statt der üblichen (oft unübersichtlichen) Literaturhinweise in Fußnoten bietet er dem Leser weiterführende Literatur in farbigen Feldern an und verweist auf die bisherige Rechtsprechung im Text in der üblichen Form. Die Erläuterungen sind inhaltlich äußerst übersichtlich gegliedert (mit farbigen Markierungen in den Übersichten) und an vielen Stellen um farbige Schaubilder ergänzt. Auch wer mit der behandelten Materie noch nicht umfassend vertraut ist, findet also schnell Zugang zu „seinem“ Thema.

Wenzel erläutert als Kommentator klassischerweise den aktuellen Gesetzestext ausführlich, verweist aber auch umfangreich auf die bisherige einschlägige Rechtsprechung, auf die das Gesetz weitgehend aufbaut. Er setzt sich aber auch mit abweichenden Meinungen in der Literatur auseinander. Für den Praktiker dürften die farbigen unterlegten Nachweise zu gerichtlich entschiedenen Fällen sehr hilfreich sein (z.B. zur Dokumentationspflicht, zur Risikoaufklärung, zu Therapiefehlern und zur Delegation). Besonders ausführlich sind kommentiert die §§ 630a BGB (Behandlungsvertrag), 630c BGB (Aufklärungspflichten) und 630h BGB (Beweislast bei Haftung für Behandlungs- und Aufklärungsfehler). Allein daran wird deutlich,